

Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bonn/Rhein-Sieg

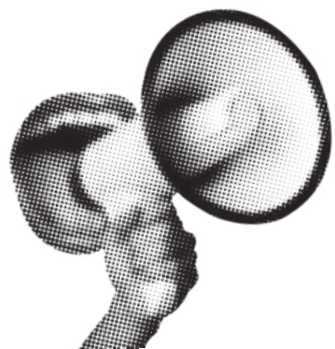
DGB

**MACH
DICH
STARK**
MIT UNS **DGB**

FORDERUNGEN DES DGB BONN/RHEIN-SIEG ZU DEN KOMMUNALWAHLEN 2025

DGB Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg
Endenicher Str. 127 · 53115 Bonn
Telefon: 02 21/50 00 32 0 · Fax: 02 21/50 00 32 20
bonn@DGB.de · www.Koeln-Bonn.DGB





Forderungen des **DGB BONN/RHEIN-SIEG** zu den **Kommunalwahlen 2025**

Impressum

Herausgeber:

DGB Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg
Endenicher Str. 127
53115 Bonn
<https://koeln-bonn.dgb.de>

Fotos:

Titelseite: pixabay © Didgeman
Seite: 5 Nicola Dichant ©
Seite: 7 pixabay © kiddopedia
Seite: 11 pixabay © architectur
Seite: 13 pixabay © 2182694
Seite: 15 pixabay © EvgeniT
Seite: 17 pixabay © dmncwdrlich

Layout/Gestaltung:

graphik und druck, Dieter Lippmann

Stand: März 2025

INHALTSVERZEICHNIS

1	Gute Arbeit	5
1.1	Kommunen als Vorbild!	5
1.2	Kommunen als Treiber!	6
1.3	Kommune gestaltet!	6
1.4	Gute Ausbildung für Alle!	7
1.5	Arbeit für Alle ermöglichen	8
2	Soziale Gerechtigkeit	9
2.1	Soziale Gerechtigkeit erfahrbar machen	9
2.2	Gutes Leben für Jung und Alt	9
3	Bezahlbarer Wohnraum	10
3.1	Wohnraum schaffen	10
3.2	Preise senken	11
4	Entspannt von A nach B	12
4.1	Ohne Bus, Bahn & Elektromobilität geht es nicht	12
4.2	Mit dem Rad durch Stadt und Land	13
5	Von der KiTa bis zur Weiterbildung	14
5.1	Inklusive, zuverlässige KiTas und Schulen	14
5.2	(Berufs-)Schulen und KiTas endlich sanieren	15
5.3	Weiterbildung für eine erfolgreiche Transformation	15
6	Für ein intaktes Klima	16
6.1	Klimaschutz kommunal denken	16
6.2	Arbeitnehmer*innen nicht im Stich lassen	16
7	Starke Zivilgesellschaft, starke Demokratie	17
7.1	Solidarität und soziale Gerechtigkeit gegen rechtes Gedankengut	17
7.2	Vielfalt als Stärke erleben	18
8	Schlussworte	18

VORWORT

Im September 2025 finden in Nordrhein-Westfalen Kommunalwahlen statt. Gute Arbeit, eine ausgebaute Infrastruktur und ein starkes soziales Sicherungsnetz fangen in der Kommune an. Die Wahlen werden die Politik in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis für die nächsten fünf Jahre bestimmen.

Als Deutscher Gewerkschaftsbund in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis stellen wir als politischer Akteur zahlreiche Forderungen an die Kommunalpolitik, als mit Abstand größte Vertretung der Arbeitnehmer*innen stellen wir ihre Interessen in den Vordergrund. Denn wie das Leben aussieht, ob es eine bezahlbare Wohnung gibt, das Schwimmbad um die Ecke erhalten bleibt oder der Kita-Platz frei ist, das prägen entscheidend Gemeinden, Kreise und kreisfreie Städte mit.

Mit unseren Forderungen richten wir uns also nicht nur an demokratische Kommunalpolitiker*innen sondern an alle Bürger*innen in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis und an unsere zahlreichen zivilgesellschaftlichen Partner*innen. Wir möchten ins Gespräch kommen, Gemeinsamkeiten finden und an einer sozialen Region arbeiten.

Die Unterschiede zwischen Stadt und Land sind nicht neu und dennoch hapert es an einer Angleichung der Lebensverhältnisse, erschreckend, dass die medizinische Notfallversorgung in Teilen des Rhein-Sieg-Kreises nicht mehr sichergestellt ist. Der Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs lässt zu wünschen übrig, der Wohnungsmarkt in Bonn und Umgebung ist völlig aus dem Ruder gelaufen. Eine aktive, handlungsfähige und bürger*innennahe Kommunalpolitik hat die Chancen an den richtigen Schrauben zu drehen. Diese Form stellt sich gegen den Rechtsruck, gute Arbeit und gute Lebensbedingungen sind Mittel gegen rechtes Gedankengut und gegen eine Wahlentscheidung für die AfD. Kommunen sollen ein Ort der Mitbestimmung, der Greifbarkeit von politischen Entscheidungen sein und sie müssen ganz zentral sicherstellen, dass Bürger*innen gerne dort leben. Viele Menschen sind zurecht frustriert von Politik und kämpfen mit sinkenden Lebensstandards und prekärer Beschäftigung.

Unsere Hauptforderung ist deswegen, dass die Kommunen die Bedingungen für gute Arbeit und für ein gutes Leben sicherstellen müssen!

Der DGB Kreisverband Bonn/ Rhein-Sieg

Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bonn/Rhein-Sieg

DGB

1 GUTE ARBEIT

Als Vertretungen von Arbeitnehmer*innen ist „Gute Arbeit“ für uns das Fundament. „Gute Arbeit“ bedeutet tarifliche und faire Bezahlung, demokratische Mitbestimmung im Betrieb und unbefristete, sichere Arbeitsplätze. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine sichere und auskömmliche Rente und Gesundheitsschutz dürfen kein Luxus sein, sondern müssen eine Selbstverständlichkeit sein.

In Deutschland sinkt die Tarifbindung kontinuierlich. Davon ist auch die Region Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis nicht ausgenommen. Und trotz im Vergleich hoher Beschäftigungszahlen in der Region sind über 30.000 Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen. Viele Menschen arbeiten im Niedriglohnsektor. Arbeiten muss zum Leben reichen, dass der Niedriglohnsektor dazu führt, dass viele Menschen „aufstocken“ müssen und keinen Cent zurücklegen können, ist für uns nicht tragbar. Genauso wenig wie die unsäglichen erfolgten und drohenden Verschärfungen beim Bürgergeld. Denn auch ohne Arbeit ist ein Leben in Würde und Teilhabe an der Gesellschaft für uns nicht verhandelbar.



1.1 Kommunen als Vorbild!

Kommunen sind Arbeitgeber und sind somit in der Pflicht für die eigenen Beschäftigten.

Wir fordern:

- › Auf Honorarkräfte in den Bereichen Kunst, Kultur und Bildung grundlegend zu verzichten und auf Festanstellungen zu setzen
- › Eine Orientierung am BAföG-Höchstsat bei der Bezahlung von Praktikant*innen
- › Die tatsächliche und konsequente Umsetzung des TV-Entlastung in der Uniklinik
- › Keinerlei Outsourcing zu betreiben und so Ausbeutung vorzubeugen
- › Sachgrundlose Befristungen einzustellen
- › Mitbestimmung im Beruf zur Wirklichkeit werden zu lassen
- › Einen Anspruch auf Home-Office und mobiles Arbeiten einzuführen

1.2 Kommunen als Treiber!

Die Kommune muss nicht nur selbst mit gutem Vorbild vorangehen – sie muss auch die Unternehmen „treiben“, die bisher kein sozialer Arbeitgeber sind. Tariftreue ist für uns das oberste Gebot!

Wir fordern deswegen weiterhin einen „Masterplan Beschaffung, Ausschreibung und Vergabe“.

Wir fordern:

- › Konsequente Vergabe, Beschaffung und Ausschreibungen der Kommune nur nach sozialen und ökologischen Kriterien, insbesondere geknüpft an Tarifbindung – das gilt auch für die Vergabe kommunaler Grundstücke
- › Die Abwärtsspirale bei Löhnen und Arbeitsbedingungen zu bekämpfen
- › Lokale und regionale Unternehmen, die tarifgebunden sind, zu fördern

Gute Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und faire Bezahlung darf kein Wettbewerbsnachteil sein! Der Masterplan muss Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten beinhalten.

1.3 Kommune gestaltet!

Die Region Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis haben den Strukturwandel seit dem Berlin/Bonn-Gesetz gut gemeistert. Dennoch gilt es Bonn als zweites Zentrum für Ministerien und Bundesbehörden zu stärken und im Rhein-Sieg-Kreis die Industrie anzukurbeln.

Der globalisierte Kapitalismus, die Digitalisierung und die Klimakrise gehen auch an der Region nicht ohne Spuren vorbei und das merken die Arbeitnehmer*innen vor Ort. Im Dienstleistungssektor, der mittlerweile 93,1 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze ausmacht, gibt es einen deutlichen Zuwachs an Arbeitsplätzen, oft ohne Tarifvertrag oder Mitbestimmung, gleiches gilt für kleine und mittelständische Unternehmen. Die Kommune kann und muss im Sinne der Arbeitnehmer*innen agieren und faire Arbeitsbedingungen gestalten.



Wir fordern:

- › Keine verkaufsoffenen Sonntage & keine weitere Ausweisung von großflächigen Einzelhandelsflächen
- › Eine kommunale Wirtschaftsförderung, die nach den Grundsätzen der Tarifbindung, Standort- und Beschäftigungssicherung, fairer Lohn und Mitbestimmung arbeitet
- › Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Gewerbe- und Industrieflächen
- › Die Gründung eines regionalen „Bündnis Strukturwandel“, um die Herausforderungen, wie beispielsweise die Zukunft des ZF-Werks, in der Region anzugehen
- › Eine aktive Industriepolitik, die eine von Arbeitnehmer*innen mitgestaltete klimagerechte Transformation fördert
- › Regelmäßiger Austausch zwischen der Stadt Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis mit den Personal- und Betriebsräten der Bundesbehörden und der Nichtregierungsorganisationen bezüglich des Bonn-Berlin-Ausgleichs

1.4 Gute Ausbildung für Alle!

In Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis gibt es ungefähr so viele Stellen wie Bewerber*innen. Doch viele junge Menschen finden dann eben doch keine Ausbildung oder beenden ihre Ausbildung nicht. Viele junge Menschen landen also in Übergangssystemen oder verschwinden von der Bildfläche.

Wir fordern deswegen die Unternehmen und die Stadt auf:

- › Die Bezahlung und die Ausbildungsbedingungen so zu verbessern, dass ein Azubi-Gehalt zum Leben reicht und statt Kaffeekochen echte Fähigkeiten beigebracht werden
- › Eine regionale Ausbildungsumlage, also eine Beteiligung aller Unternehmen an den Kosten für die Ausbildung, wer nicht selbst ausbildet muss sich solidarisch beteiligen
- › Die Erweiterung der Ausbildungs- und Qualifizierungskapazitäten der Stadtverwaltung Damit einhergehen muss die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Auszubildenden und dual Studierenden in Form von mehr Gehalt und Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben

Der jährlich erscheinende Ausbildungsreport der DGB-Jugend gibt wichtige Hinweise und Tipps für notwendige Veränderungen.

(<https://jugend.dgb.de/materialien/++co++4ff6c73e-4a78-11ef-9641-55217e5128c5>)

1.5 Arbeit für Alle ermöglichen

Über 30.000 Menschen sind in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis von Arbeitslosigkeit betroffen. Arbeitslosigkeit bedeutet oftmals zu wenig Geld für die Existenzsicherung, zu wenig Geld, um die eigenen Kinder zu versorgen und je länger sie andauert, immer geringere Chancen einen Arbeitsplatz zu finden. Deswegen ist faire und gut entlohnte Arbeit für die meisten Menschen die beste Option.

Wir begrüßen die Zusammenarbeit mit den Jobcentern Bonn und Rhein-Sieg sowie die Bemühungen, Arbeitsplätze zu vermitteln. Die finanzielle Lage der Jobcenter ist dramatisch, neben einer dringend nötigen besseren finanziellen Ausstattung durch den Bund, gibt es auch lokale Stellschrauben.

Wir fordern darüber hinaus:

- › Stärkere Förderungen für arbeitslose Menschen ohne / mit geringen beruflichen Qualifikationen, zum Beispiel über tarifgebundene Stellen, die nur eine geringe Qualifikation benötigen
- › Verbesserung der finanziellen Leistungen für Teilnehmer*innen von Qualifikationsmaßnahmen, beispielsweise über kommunale Zuschüsse oder ein Modellprojekt im Rahmen des Sozialgesetzbuches
- › Verzicht auf Sperrzeiten, zum Beispiel im Rahmen eines innovativen Projektes

2 SOZIALE GERECHTIGKEIT

Während die Reichen in der Coronapandemie immer reicher geworden sind und die Armen immer ärmer, wusste während und nach der Inflation immer mehr Menschen nicht, wie sie ihr Essen, ihre Miete oder ihre Heizkosten zahlen sollten.

Als Gewerkschaftsbund pochen wir deswegen auf die Kommunen als „lokalen Sozialstaat“.

2.1 Soziale Gerechtigkeit erfahrbar machen

Eine funktionierende öffentliche Infrastruktur, ein zuverlässiger öffentlicher Dienst und eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen sind notwendig, um soziale Gerechtigkeit erfahrbar zu machen. Die Stadt Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis sind hoch verschuldet und können ihren Aufgaben nicht gerecht werden.

Deswegen fordern wir:

- › Eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen sowie eine tragfähige Altschuldenlösung
- › Kommunales Eigentum, zum Beispiel Krankenhäuser, in öffentlicher Hand belassen und wieder ausbauen, denn kommunale Betriebe kommen Bürger*innen, nicht Investor*innen zu Gute
- › Eine gut ausgebaute Gesundheitsversorgung in der gesamten Region unter anderem die Wiedereröffnung geschlossener Geburtsstationen im Rhein-Sieg-Kreis, die Wiedereröffnung der ambulanten Notfallversorgung in Beul, den Erhalt der Kinderklinik in Sankt-Augustin
- › Die grundsätzliche Ausweitung des ambulanten Bereichs sowie der Geburtshilfe insbesondere im ländlichen Raum
- › Weitere Unterstützung des „Anonymen Krankenscheins“ in Bonn sowie Etablierung im Rhein-Sieg-Kreis
- › Mehr Frauenhäuser, damit die Istanbul Konvention endlich eingehalten wird – darunter endlich das dritte Frauenhaus im Rhein-Sieg-Kreis
- › Preissenkungen in Schwimmbädern und Kultureinrichtung
- › Kunst und Kultur als Daseinsvorsorge anerkennen und den Bonn-Ausweis ausweiten

2.2 Gutes Leben für Jung und Alt

Als Gewerkschaften sind wir Organisationen der Arbeitnehmer*innen, Senior*innen blicken oft auf ein langes Erwerbsleben zurück, viele Kinder träumen noch von ihrem Traumberuf. Kinder- und Altersarmut sind keine Randerscheinungen. Jedes fünfte Kind ist von Armut in der Region betroffen, dabei sind es die Kinder, die unter den prekären Arbeitsbedingungen der Eltern und der zu niedrigen Grundsicherung leiden. Stadt und Kommunen müssen in kind- und altersgerechte Infrastruktur investieren und ein gutes Leben für Jung und Alt ermöglichen.

Damit das gelingt, fordern wir:

- › Gemeinsam mit dem „Runden Tisch gegen Kinder- und Familienarmut“ an Lösungen zu arbeiten, wie beispielsweise eine Ausweitung von Vergünstigungen, kostenlose Essensangebote in KiTa und Schule
- › Kindergerechte Infrastruktur wie Spielplätze oder Wickelräume auszubauen
- › Altersgerechte Infrastruktur für Senior*innen wie ausreichend Bänke zur Verfügung stellen
- › Vergünstigungen in städtischen Einrichtungen für Senior*innen, die von Altersarmut bedroht sind

3 BEZAHLBARER WOHNRAUM

Eine beheizte Wohnung, die ausreichend Platz hat um entspannt zu wohnen – das ist für viele Menschen in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis unerschwinglich. Die Wohnungskrise ist eine der drängendsten sozialen Krisen, Alleinerziehende, Azubis, Student*innen und Menschen mit geringem Einkommen geben immer mehr ihres verfügbaren Einkommens für ihre Wohnung aus, immer mehr Menschen können eine warme Wohnung nicht bezahlen.

3.1 Wohnraum schaffen

Das grundsätzliche Defizit an Wohnraum ist groß, in Bonn müssten eigentlich jedes Jahr 2335 neue Wohnungen gebaut werden, im Rhein-Sieg-Kreis 3330 neue Wohnungen. Davon sind Stadt und Kommunen weit entfernt. So auch beim Bau von Sozialwohnungen, in Bonn werden noch nicht einmal die Hälfte der drei- bis vierhundert anvisierten Sozialwohnungen pro Jahr gebaut.

Wir fordern deswegen:

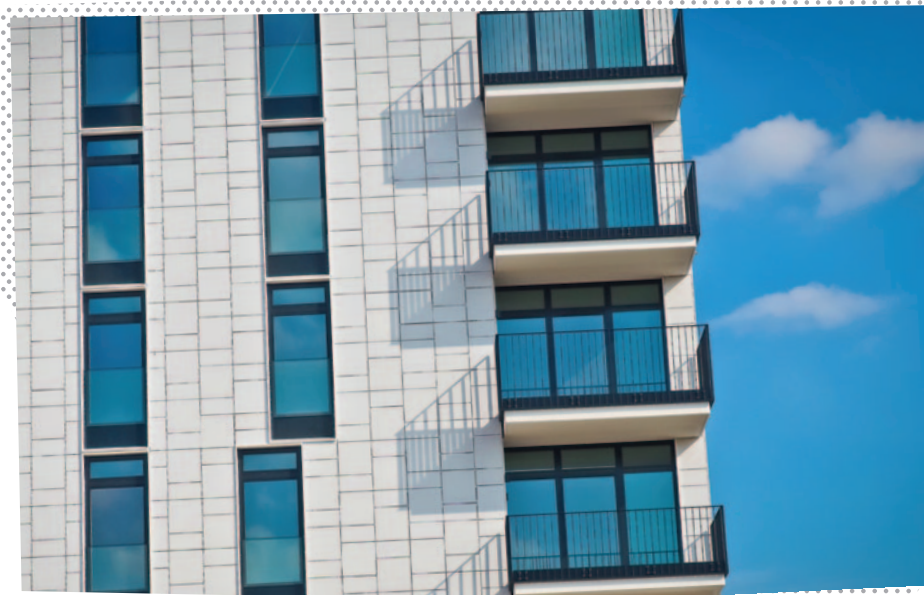
- › Den kommunalen Wohnungsbau massiv auszuweiten
- › Vergabe von kommunalem Baugrund nur in Erbpacht und nur an öffentliche, gemeinnützige oder genossenschaftliche Investoren, um Profit mit Wohnraum den Riegel vorzuschieben
- › Förderung von Werkwohnungen, wie zum Beispiel das Personalwohnheim des Uniklinikums Bonn sowie weiterer großer Arbeitgeber (Post, Telekom, SWB)
- › Azubi- und Studierendenwohnheime priorisieren und die Plätze sowohl in städtischer als auch in privater Hand deutlich erhöhen
- › Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren
- › Leerstand bekämpfen, städtische Liegenschaften vollständig nutzen
- › Nachverdichtung wie durch die Studie des „Bündnis Wohnen“ vorgeschlagen forcieren

3.2 Preise senken

Wohnraum ist teuer, das liegt nicht nur an den Bau- und Erhaltungskosten, sondern auch daran, dass mit Wohnraum viel Profit gemacht wird. Um die Spirale der immer höheren Wohnungspreise zu durchbrechen, können Stadt und Kommunen Einfluss auf die Miethöhe nehmen.

Wir fordern:

- › Die Einführung von verbindlichen Quoten bei der Ausweisung von Neubaugebieten: Um den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zu decken, ist bei mehr als 20 Wohneinheiten eine Quote von 30 Prozent für Sozialwohnungen und eine Quote von 40 Prozent mit einer geöffneten Sozialbindung (Kostenmiete zuzüglich maximal 10% Aufschlag) verbindlich festzulegen
- › Milieuschutzsatzungen konsequent anzuwenden, um Kosten zu begrenzen
- › Die Einhaltung der Mietpreiskontrolle zu kontrollieren
- › Qualifizierte Mietspiegel in allen Kommunen
- › Mietpreissenkungen durch die Vebowag, die mit den gemachten Gewinnen möglich sind und durch erhöhte Zuschüsse erweitert werden sollen
- › Spekulation und Zweckentfremdung stoppen
- › Konsequentes „Housing First“ um Wohnungs- und Obdachlosigkeit effektiv zu bekämpfen, mit besonderem Fokus auf obdachlose Frauen



4 ENTSPANNT VON A NACH B

Jeden Tag im Stau stehen, am Bahnsteig, ohne dass eine Bahn kommt oder auf zu schmalen Radwegen unterwegs zu sein – das ist Alltag für viele Arbeitnehmer*innen in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis. Nach Bonn sind 142.501 Berufspendler*innen unterwegs, aus Bonn raus pendeln circa 36 Prozent der Erwerbstätigen. Als DGB sehen wir die Bemühungen für den Radverkehr der Stadt Bonn, kritisieren aber dennoch das zu geringe ÖPNV-Angebot insbesondere im ländlichen Raum. Dabei könnte es auch anders gehen: Wir stehen ein für einen entspannten, schnellen und nachhaltigen Weg zur Arbeit. Dabei kommt es auf einen guten Mix an Mobilitätsformen an.

4.1 Ohne Bus, Bahn & Elektromobilität geht es nicht

Wollen wir die Klimakrise bekämpfen, ist es unabdingbar, dass mehr Menschen auf Bus und Bahn umsteigen. Doch wer steigt um, wenn die Bahn nicht kommt und der Bus überfüllt ist? Insbesondere am Rande des Rhein-Sieg-Kreises gibt es nur wenige Angebote, die Querverbindungen zwischen den einzelnen Orten sind oft umständlich. Für uns ist aber auch klar: Ganz ohne Auto wird es auf absehbare Zeit nicht gehen, bezahlbare Elektromobilität braucht es für Arbeitnehmer*innen, nicht nur für die Gutverdiener.

Wir fordern:

- › Zuverlässige Bus- und Straßenbahnverbindungen in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis, zum Beispiel Verbesserungen bei den Linien 66, 16 und 18
- › Eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für Fahrer*innen, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen
- › Ausweitung der vergünstigten Tickets für den ÖPNV und mittelfristig einen kostenlosen ÖPNV
- › Bau einer linkrheinischen S-Bahn Bonn – Köln, einer rechtsrheinischen Stadtbahn Bonn – Niederkassel bzw. Köln, einer urbanen Seilbahn in Bonn sowie der zweigleisige Ausbau der Stadtbahnlinie 18
- › Einsatz für die IC- und ICE-Linien über Bonn HBF, die aktuell gestrichen sind sowie Einsatz für pünktlichere Regionalzüge in und um Bonn
- › Deutliche Ausweitung von Car-Sharing Angeboten auch im ländlichen Raum
- › Deutliche Ausweitung von Ladestation und Parkflächen für Elektrofahrzeuge
- › Umstellung der Bus- und Autoflotte von Stadt und Kommunen auf E-Mobilität



4.2 Mit dem Rad durch Stadt und Land

Immer mehr Menschen entdecken das Rad als wichtiges Verkehrsmittel. Doch nur mit der richtigen Infrastruktur ist Radfahren zur Arbeit eine gute Option.

Deswegen fordern wir:

- › Bauliche Trennung von Radwegen und Straßen für mehr Sicherheit und flüssigeren Verkehr
- › Ausweitung der Rad-Sharing Angebote sowie Vergünstigung des Angebots
- › Ausbau der Abstellmöglichkeit für Fahrräder inkl. Parkgaragen
- › Ausbau der Radstationen und von Ladestationen für E-Bikes
- › Ausbau des Radwegenetzes einschließlich neuer Radschnellwege zum Beispiel von Bornheim bis Siegburg, den Pendleradweg Hennef über Siegburg bis Troisdorf oder entlang des „Tausendfüßlers“



5 VON DER KITA BIS ZUR WEITERBILDUNG

Lernen ein Leben lang, das ist unser Anspruch als Gewerkschaften. Gute frühkindliche Bildung beginnt in der KiTa und zieht sich ein Leben lang bis zu Weiterbildungen oder Umschulungen. Doch noch immer ist der Bildungsgrad der Eltern entscheidend für den Bildungsweg der Kinder, noch immer werden Ausbildung als minderwertig gegenüber einem Studium angesehen und Weiterbildungen sind längst nicht für alle Arbeitnehmer*innen zugänglich. Für Bildung wird in Deutschland, aber auch in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis zu wenig Geld ausgegeben.

Für uns ist zentral: Ein besseres Bildungssystem kostet mehr Geld! Es darf nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen!

5.1 Inklusive, zuverlässige KiTas und Schulen

Ausfalltage in der KiTa und an Offenen Ganztagesplätzen an den Schulen mangelt es. In den Bildungseinrichtungen in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis gibt es einiges zu tun. Zwar ist die Personalausstattung in den Kindertagesstätten ein wenig besser geworden, trotzdem gibt es viel zu tun. Als DGB haben wir den Anspruch, dass Schulen und KiTas inklusiv arbeiten, personell gut ausgestattet sind und Fachkräfte gut bezahlt werden.

Deswegen fordern wir:

- › Stadt und Kommunen müssen sich für die wachsende Stadt aufstellen und mehr Schul- und KiTa-Plätze planen
- › Einstellungsverfahren für Kita-Erzieher*innen verkürzen! Während bei der Stadt Bonn Einstellungsverfahren bis zu 6 Monate dauern können, sind Siegburg und Hennef deutlich schneller
- › Eine Aufstockung von Sozialarbeiter*innen, Schulbegleiter*innen etc. um Kindern mit besonderem Bedarf im Unterricht gerecht zu werden
- › Einen verbesserten Personalschlüssel in den KiTas, um Fachkräfte zu entlasten
- › Bewerbungsverfahren für PIA-Auszubildende (praxisintegrierte Ausbildung zur/zum Erzieher*in) vereinfachen, sodass sich Azubis nur noch bei einer statt zwei Institutionen bewerben müssen
- › Mitarbeiter*innen in pädagogischen Einrichtungen unbefristet in tarifvertraglich gesicherten Arbeitsverhältnissen zu beschäftigen
- › Rückkehr zu 45-Stunden Betreuung in der KiTa (aktuell 35 Stunden) um arbeitende Eltern und insbesondere alleinerziehende Mütter zu entlasten sowie Ausweitung der Betreuungszeiten in den Morgen- und Abendstunden
- › Finanzielle Rückerstattungen bei Ausfalltagen für die Eltern



5.2 (Berufs-)Schulen und KiTas endlich sanieren

Es ist Zeit endlich in die Gebäude von KiTas, Berufsschulen und Schulen zu investieren – Stadt und Kommunen müssen Bildungseinrichtungen priorisieren und sich in Bund und Land stark machen für eine auskömmliche Finanzierung. Wir sehen die Bemühungen und wissen, dass die kommunale Finanzierung nicht ausreicht. Land und Bund müssen dringend in die Pflicht genommen werden!

Deswegen fordern wir:

- › Sanierung von KiTas, Berufsschulen und Schulen, um sie als schöne, barrierearme Orte des Lernens und Spielens umzubauen
- › Eine überarbeitete Schulbauleitlinie für Bonn und die Orte im Rhein-Sieg-Kreis
- › Digitale Ausstattung zeitgemäß anpassen
- › Neubau einer Gesamtschule im Bonner Stadtbezirk Hardtberg

5.3 Weiterbildung für eine erfolgreiche Transformation

Die Arbeitswelt verändert sich, denn klimaneutral und digital sind die wichtigen Schlagwörter. Viele Menschen, die seit Jahren im Berufsleben stehen, wollen sich weiterbilden oder benötigen eine gute Umschulung. Stadt und Kommunen müssen das aktiv unterstützen.

6 FÜR EIN INTAKTES KLIMA

Die Klimakrise betrifft uns alle, besonders betroffen sind Menschen in anderen Regionen der Welt, aber auch hier in Deutschland, auch bei uns in der Region merken wir die Folgen. Die dringend nötige Transformation hin zur Klimaneutralität darf nicht auf Kosten von Arbeitnehmer*innen vollzogen werden. Als Gewerkschaften machen wir uns deswegen seit Jahrzehnten für eine soziale und ökologische Transformation stark.

6.1 Klimaschutz kommunal denken

Die Stadt Bonn hat sich ehrgeizige Klimaziele gegeben, wir begrüßen, dass die Stadt ihren Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten will. Auch im Rhein-Sieg-Kreis gibt es Bemühungen. Klar ist aber, dass insbesondere die staatlichen Mittel aktuell nicht ausreichen, um die Pläne tatsächlich umzusetzen. Wir fordern Land und Bund auf nachzusteuern und mehr Geld in die Hand zu nehmen.

Wir fordern:

- › Konsequente Investitionen in energieeffiziente öffentliche Gebäude und eine klimaschonende eigene Fahrzeugflotte. Die öffentliche Hand muss Vorbild sein
- › Photovoltaik auf den Dächern aller städtischen Gebäude
- › Maßnahmen zur Klimaanpassung inklusive Wasserspender, Schattenplätze und Abkühlungsmöglichkeiten auch für wohnungslose Menschen

6.2 Arbeitnehmer*innen nicht im Stich lassen

Die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen dürfen nicht auf Kosten von Arbeitnehmer*innen durchgezogen werden. Insbesondere gut bezahlte Industriearbeitsplätze sind bedroht. Großkonzerne überlegen abzuwandern und wollen sich aus der Verantwortung ziehen. Dem entgegen wir als Gewerkschaften mit eigenen Ideen zur Transformation, viele Kolleg*innen in den Betrieben haben die besten Ideen, wie ihr Betrieb umrüsten kann.

Deswegen fordern wir:

- › Die Gründung eines regionalen „Bündnis Strukturwandel“, um die Herausforderungen in der Region anzugehen
- › Eine aktive Industriepolitik, die eine von Arbeitnehmer*innen mitgestaltete klimagerechte Transformation fördert
- › Regelmäßige Austauschrunden mit Betriebsräten aus Industrie- und Chemieunternehmen

7 STARKE ZIVILGESELLSCHAFT, STARKE DEMOKRATIE

Betriebsräte sind die kleinste demokratische Einheit. Als Gewerkschaften stehen wir für eine starke Demokratie, in der aktiv mitgestaltet werden kann. Wir danken den Menschen, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich engagieren, ob politisch in einer Partei, in einem Stadtrat oder in der Nachbarschaftshilfe, im Sportverein oder in der Suchtberatung.

7.1 Solidarität und soziale Gerechtigkeit gegen rechtes Gedankengut

Eine starke Zivilgesellschaft und gute und sichere Arbeit sind Grundvoraussetzungen um rechte Kräfte wie die AfD klein zu halten. Denn wer sich Sorgen um die eigene materielle Zukunft macht, ist deutlich anfälliger für rechtes Gedankengut.

Als DGB engagieren wir uns gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Die AfD ist für uns keine Gesprächspartnerin. Die hohen Umfragewerte bereiten uns große Sorgen. Umso wichtiger ist es die vielfältige Zivilgesellschaft zu schützen und zu unterstützen. Das gilt auch für Bonn und für den Rhein-Sieg-Kreis.



Deswegen fordern wir:

- › Erhöhung der Fördermittel für zivilgesellschaftliches Engagement
- › Raum für ehrenamtliches Engagement sowie planbare und verlässliche (finanzielle) Unterstützung
- › Anerkennung für ehrenamtliches Engagement zum Beispiel in Form von Vergünstigungen in Kultur- und Sporteinrichtungen
- › Eine Strategie um Gewalt gegen Beschäftigte und Politiker*innen wirkungsvoll zu bekämpfen
- › Mitbestimmung auf allen Ebenen in Stadt und Kommune, zum Beispiel durch Kinder und Jugendliche bei denen für sie relevanten Entscheidungen wie einem Schulneubau oder der Gestaltung eines Jugendzentrums
- › Förderung und Erleichterungen für ehrenamtliche Kommunalpolitiker*innen

8.2 Vielfalt als Stärke erleben

Eine offene Gesellschaft lebt davon, dass Menschen egal woher sie kommen, wen sie lieben oder was sie glauben einen gleichwertigen Platz in der Gesellschaft haben und diese aktiv mitgestalten können. In Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis wird viel dafür getan, doch vieles reicht nicht aus.

Wir fordern:

- › Weitere Unterstützung für Events wie den CSD, für queere Jugendzentren und Orte queeren Lebens
- › Unterstützung für migrantische Selbstorganisationen und Organisationen die sich für Religionsfreiheit einsetzen
- › Eine Anti-Diskriminierungs-Strategie für die Stadt Bonn und den Rhein-Sieg-Kreis
- › Einen Gleichstellungsausschuss für die Stadt Bonn

8 SCHLUSSWORT

Mit unseren Forderungen für die Kommunalwahlen richten wir uns an die Kommunalpolitik in der Stadt Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis, an alle Bürger*innen, an unsere Partner*innen und insbesondere an unsere Kolleg*innen in den Betrieben.

Wir wollen eine Gesellschaft des Miteinanders mit Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit. Als Vertretung der Arbeitnehmer*innen werden wir weiter für eine starke Mitbestimmung im Betrieb, eine Ausweitung der Tarifverträge und für gute Rahmenbedingungen kämpfen.

Diese kommunalpolitischen Forderungen sollen Orientierung bieten, sie sollen Aufforderungen an die Politik darstellen und sie sollen für die kommenden Jahre Diskussionsgrundlage der politischen Arbeit des DGB Bonn/Rhein-Sieg sein.

